

BR/GT I/87 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 3. Dezember 1970
BR/GT I/87/70

- Sekretariat -

ARBEITSGRUPPE I

ARBEITSUNTERLAGE

VORENTWURF
EINES UEBEREINKOMMENS
UEBER EIN
EUROPÄISCHES PATENTERTEILUNGSVERFAHREN

Artikel 6, 40, 69a, 77, 78, 124, 125, 126, 127 und 128

(Vom Redaktionsausschuss ausgearbeiteter Text)

BR/GT I/87 d/70 cf

Artikel 6 (früher Artikel 7)

Doppelschutz

Es bleibt den Vertragsstaaten vorbehalten zu bestimmen, ob und unter welchen Voraussetzungen für ein und dieselbe Erfindung der Schutz durch eine europäische Patentanmeldung oder ein europäisches Patent und der Schutz durch eine nationale Patentanmeldung oder ein nationales Patent nebeneinander bestehen dürfen, soweit diese Erfindung auf denselben Erfinder zurückgeht.

Artikel 40

Haftung

- (1) unverändert (siehe gedruckter Text)
- (2) Im Bereich der ausserververtraglichen Haftung ersetzt das Europäische Patentamt den durch seine Bediensteten in Ausübung ihrer Amtstätigkeit verursachten Schaden nach dem Recht des Staates, in dem das Europäische Patentamt seinen Sitz hat. Ist der Schaden durch Bedienstete verursacht worden, die einer in Artikel 33 Absatz 2 vorgesehenen Dienststelle angehören, so gilt das Recht des Staates, in dem sich diese Dienststelle befindet.
- (3) unverändert (siehe gedruckter Text)
- (4) Ueber Streitigkeiten nach den Absätzen 1 und 2 befinden diejenigen Gerichte, die für die Entscheidungen derartiger Streitigkeiten je nach Lage des Falles am Ort des Sitzes des Europäischen Patentamtes oder am Ort der Dienststelle zuständig sind.

Artikel 69a (neu)

Erfindernennung

Im Antrag auf Erteilung des europäischen Patents ist der Erfinder zu benennen, wenn das nationale Recht zumindest eines der benannten Vertragsstaaten vorschreibt, dass für eine nationale Anmeldung der Erfinder im Zeitpunkt der nationalen Anmeldung oder zu einem späteren Zeitpunkt zu benennen ist.

Artikel 77 (früher Artikel 76)

Prüfung der europäischen Patentanmeldung auf formelle
und offensichtliche Mängel.

(1)

)

(2)

)

a) bis f)

)

Text des gedruckten Vorentwurfs unverändert

)

g)

ob der Erfinder gemäss Artikel 69a benannt worden
ist.

Artikel 78 (früher Artikel 77)

Prüfungsbescheide und Zurückweisung

(1) Text des gedruckten Vorentwurfs unverändert

(2) Ergibt die in Art. 77 Absatz 2 Buchstaben a) bis f) vorgesehene Prüfung, dass die Erfindung oder die europäische Patentanmeldung den bei dieser Prüfung zu berücksichtigenden Erfordernissen nicht genügt, so teilt die Prüfungsstelle dies dem Anmelder mit und fordert ihn auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist eine Stellungnahme einzureichen oder die festgestellten Mängel zu beseitigen. Die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen können nur insoweit geändert werden, als es erforderlich ist, um die festgestellten Mängel gemäss den Bemerkungen der Prüfungsstelle zu beseitigen.

(3))

(4)) Text des gedruckten Vorentwurfs unverändert

(5))

(6) Ergibt die in Artikel 77 Absatz 2 Buchstabe g vorgesehene Prüfung, dass der Erfinder nicht benannt worden ist, so fordert die Prüfungsstelle den Anmelder auf, diese Benennung vorzunehmen. Ist der Erfinder nicht vor Ablauf von 16 Monaten seit dem Prioritätsdatum benannt worden, so gilt die Benennung eines Vertragsstaates, der diese Benennung für nationale Anmeldungen vorschreibt, als zurückgenommen.

KAPITEL IV

UMWANDLUNG DER EUROPÄISCHEN PATENTANMELDUNG IN EINE NATIONALE
PATENTANMELDUNG

Artikel 124 (früher Artikel 114)

Antrag auf Einleitung des nationalen Verfahrens

(1) Auf Antrag des Anmelders oder Inhabers eines europäischen Patents leitet die nationale Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines benannten Vertragsstaates das Verfahren zur Erteilung eines nationalen Patents ein,

- a) wenn die europäische Patentanmeldung gemäss Artikel 65 Absatz 5 als zurückgenommen gilt oder
- b) wenn die europäische Patentanmeldung infolge einer Verfahrensbeschränkung gemäss Artikel 186 nicht mehr weiter behandelt werden kann
- c) und in den übrigen Fällen, die das Recht dieses Vertragsstaats vorsieht.

(2) Der Antrag muss innerhalb einer Frist von drei Monaten nach dem Zeitpunkt eingereicht werden, zu dem die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen worden ist oder als Rücknahme gilt, oder ²⁴nachdem das europäische Patent widerrufen worden ist. Die in Artikel 76 Absatz 1 genannte Wirkung erlischt, wenn der Antrag nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist eingereicht worden ist.

Artikel 125 (früher Artikel 115)

Einreichung und Uebermittlung des Antrags

(1) Ein Antrag nach Artikel 124 ist vorbehaltlich Artikel 128 beim Europäischen Patentamt einzureichen und hat die Vertragsstaaten zu bezeichnen, in denen die Einleitung des Verfahrens zur Erteilung eines nationalen Patents gewünscht wird. Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die in der Gebührenordnung zu diesem Uebereinkommen vorgeschriebene Gebühr entrichtet worden ist.

(2) Das Europäische Patentamt übermittelt den Antrag den nationalen Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der im Antrag bezeichneten Vertragsstaaten und fügt eine Kopie der Akte der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents bei.

Artikel 126 (früher Artikel 116)

Formvorschriften für die Umwandlung

- (1) Eine europäische Patentanmeldung, die nach Art. 125 Absatz 2 übermittelt worden ist, darf nicht solchen Formerfordernissen des nationalen Rechts unterworfen werden, die von den im Uebereinkommen oder in der Ausführungsordnung vorgesehenen abweichen oder über sie hinausgehen.
- (2) Die Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz, der die Anmeldung übermittelt worden ist, kann verlangen, dass innerhalb einer Frist, die nicht weniger als zwei Monate betragen darf,
 - a) die nationale Anmeldegebühr entrichtet wird,
 - b) eine Uebersetzung der europäischen Patentanmeldung in eine der Amtssprachen des betreffenden Vertragsstaats eingereicht wird, und zwar in der ursprünglichen Fassung der Anmeldung und ggf. in der im europäischen Verfahren geänderten Fassung, die der Anmelder den nationalen Verfahren zugrunde zu legen wünscht.

Artikel 127 (früher Artikel 117)

Mitteilungen und Bekanntmachung

- gestrichen -

Artikel 128 (früher Artikel 118)

Einleitung des nationalen Verfahrens in besonderen Fällen

Hat nach Ablauf der in Art. 65 Absatz 5 vorgesehenen Frist die nationale Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz die europäische Patentanmeldung dem Europäischen Patentamt nicht übermittelt, so ist der Antrag nach Artikel 124 bei der nationalen Zentralbehörde einzureichen. Die nationale Zentralbehörde leitet vorbehaltlich der Bestimmungen über die nationale Sicherheit den Antrag mit einer Kopie der europäischen Patentanmeldung unmittelbar an die nationalen Zentralbehörden der vom Anmelder in dem Antrag bezeichneten Vertragsstaaten weiter.
